

Wir für Sie

Die CDU-Stadtratsfraktion in St. Ingbert setzt sich für das Wohl der Bürger vor Ort ein und möchte Sie mit diesem Newsletter regelmäßig über aktuelle Themen informieren. Gemeinsam mit dem St. Ingberter Oberbürgermeister, Dr. Ulli Meyer, wollen wir das Leben in St. Ingbert Tag für Tag verbessern.

Sollten Sie Anregungen, Anliegen oder anderes haben, zögern Sie nicht, sich an uns zu wenden:

fraktion@cdu-igb.de

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Frank Breinig
Vorsitzender der CDU-
Stadtratsfraktion St. Ingbert

Fraktion in Kontakt

facebook.com/CDUstadtratsfraktionSt.Ingbert

Cdu-igb.de

Dr. Frank Breinig – Fraktionsvorsitzender

Liebe Leserinnen und Leser,
Stadtratsitzung am 23.03.2023: 782 Seiten Vorlage, 47 Tagesordnungspunkte, eine Sitzungsdauer von fast fünf Stunden! Alleine dies macht die Bedeutung der Entscheidungen in dieser Sitzung deutlich. Viele Punkte finden Sie in diesem Newsletter. Auf Grund ihrer grundsätzlichen Bedeutung möchte ich hier aber auf zwei Entscheidungen genauer eingehen: das Wohnbauflächenentwicklungskonzept und die Diskussion um die flächendeckende Einführung von Tempo 30. Die Schaffung von Wohnraum stellt ein zentrales Thema für unsere Gesellschaft dar und ist somit eine der wichtigsten Aufgaben für die Stadtentwicklung. Gleichzeitig ist es auch ein sehr sensibles Thema, das möglicherweise betroffene Anwohner, Verwaltung und die Mitglieder der Ortsräte und des Stadtrates intensiv beschäftigt und das durchaus emotional diskutiert wird. Wir stehen vor der Herausforderung, in den kommenden Jahren in unserer Stadt ausreichend bezahlbaren Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen zu schaffen und dabei gleichzeitig ökologische und soziale Aspekte zu berücksichtigen.

Die Schaffung von lebenswerten Quartieren mit guter Infrastruktur, Nahversorgung und öffentlichem Raum ist dabei von entscheidender Bedeutung. Es ist weiterhin wichtig, dass wir auch die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen oder älteren Menschen berücksichtigen und barrierefreie Angebote schaffen. Wir müssen uns aber auch der sozialen Frage stellen und sicherstellen, dass Menschen mit niedrigem Einkommen nicht aus unseren Städten verdrängt werden. Kurz gesagt, wir müssen gemeinsam daran arbeiten, eine zukunftsfähige und soziale Wohnbebauung zu schaffen, die den Bedürfnissen unserer Gesellschaft gerecht wird, um unser St. Ingbert lebens- und liebenswert zu halten. Daran ändern auch vergangene Gutachten nichts, die einen eher geringen Bedarf an neuen Wohneinheiten für St. Ingbert vorausgesagt hatten. St. Ingbert hat in den letzten Jahren an Attraktivität gewonnen; viele Arbeitsplätze wurden durch Ansiedlungen (u.a. Kettler, LIDL) geschaffen, viele weitere erhoffen wir uns durch den CISPA Innovation Campus. Und wir alle kennen Personen oder Familien, die dringend Wohnraum in St. Ingbert suchen. Das von der Verwaltung unter OB Ulli Meyer den städtischen Gremien vorgelegte Konzept basiert aus unserer Sicht auf nachvollziehbaren Kriterien, die eine objektive Einschätzung der prinzipiellen Eignung sowie der Vor- und Nachteile der einzelnen Flächen ermöglichen. Damit ist das vorliegende Konzept eben keine bloße Aneinanderreihung einzelner Flächen, sondern tatsächlich ein Gesamtkonzept für alle Stadtteile, das Wohnbaupotentialflächen im Einklang mit Grünflächen zur nachhaltigen Stadtentwicklung beinhaltet.

Wir haben das vorliegende Konzept in den letzten Wochen und Monaten intensiv innerhalb unserer Fraktion diskutiert. Und dabei war und ist uns allen vollkommen klar, dass kein Konzept die Zustimmung aller Beteiligten und möglicherweise Betroffenen gewährleisten kann. Bei aller verständlichen Emotionalität war und bleibt es daher unser Ansatz, möglichst rational und objektiv vorzugehen. Daher zunächst die klare Feststellung, was der vom Stadtrat getroffene Beschluss nicht bedeutet: er bedeutet nämlich ausdrücklich nicht, dass alle Flächen zwingend in naher Zukunft genutzt und bebaut werden. Vielmehr bedeutet der Beschluss den Einstieg in einen Prozess, der sich über Jahre, vielleicht Jahrzehnte hinziehen kann und teilweise wird. Die aufgeführten Gebiete werden als Potentialflächen für Wohnbebauung in den noch zu erstellenden Flächennutzungsplan aufgenommen und im Falle einer vorgesehenen Umsetzung einzeln nochmals den zuständigen Gremien zur Entscheidung vorgelegt. Die dafür erforderlichen Bebauungsplanverfahren beinhalten erneut eine sachgerechte Prüfung sämtlicher Belange und Betroffenheiten sowie eine Öffentlichkeitsbeteiligung. Unsere Fraktion legt dabei wie in der Vergangenheit großen Wert darauf, dass auch die betroffenen Anwohner und Interessengruppen in den Prozess einbezogen werden und zu Wort kommen.



Trinkwasser- brunnen

Trinkwasserbrunnen in der Innenstadt? Die Meinungen gehen auseinander. Derzeit steht einer am Rathaus. Langfristig wünscht sich die Verwaltung weitere in der Innenstadt und später an der Baumwollspinnerei. Die Herausforderung: Vandalismus und große Anforderungen an Hygiene und Reinigung. Jetzt wird geprüft, unter welchen Bedingungen dies realisierbar wäre.



Ebenso liegt uns die Schaffung von sozialem Wohnraum am Herzen: insofern begrüßen wir ausdrücklich, dass die Verwaltung auch Potentialflächen für dessen Errichtung in das Konzept aufgenommen und solche Angebote für das gesamte Stadtgebiet in den Prüfprozess integriert hat. Angesichts des vermutlich anhaltenden Zuzugs von Flüchtlingen scheint uns dieser Punkt nicht zuletzt zur Erhaltung des sozialen Friedens unerlässlich. Unsere Fraktion legt auch großen Wert auf die nächsten Schritte, nämlich der Umsetzung konkreter Projekte. Dabei sollten nach unserer Ansicht im Rahmen der Möglichkeiten vorrangig städtische Flächen genutzt und/oder ehemalige Industrieflächen im Sinne einer Wohnnutzung revitalisiert werden. Genau dies ist erkennbar auch bereits jetzt geübte Praxis: Projekte im Bereich der TG-Halle, den ehemaligen SAM-Werken oder dem Alten Hallenbad sind bereits in Realisierung. An anderer Stelle sind die Planungen bereits weit fortgeschritten: so wird ein Interessenbekundungsverfahren im Bereich des ehemaligen WVD-Geländes in Kürze starten. Zusammenfassend ging es unserer Fraktion nicht nur darum, genügend Potentialflächen für zukünftigen Wohnraum zu schaffen, sondern auch sicherzustellen, dass dieser Wohnraum den Bedürfnissen der Bewohner entspricht und in einer Umgebung gebaut wird, die den Menschen ein angenehmes Lebensumfeld bietet.

Wir müssen uns daher um eine intelligente Stadtplanung bemühen, die sich auf die Schaffung von Wohnräumen konzentriert, die auch den Anforderungen der Zukunft gerecht werden. Genau dies leistet aus unserer Sicht das vorliegende Konzept, dem wir daher auch zugestimmt haben. Aus den Wortbeiträgen der SPD-Fraktion mussten wir allerdings auch erkennen, dass sich die SPD von ihrer Verantwortung für die Zukunft unserer Stadt endgültig verabschiedet und mit Schaufensterreden den Kommunalwahlkampf eingeleitet hat. Wir werden unsere Schlüsse daraus ziehen. Beim Thema „Tempo 30“ beginne ich mit dem Fazit: in einem bemerkenswerterweise von Grünen und Linken gemeinsam gestellten Antrag zum Beitritt in die „Initiative lebenswerte Städte“ wurde vorgeblich argumentiert, es handle sich lediglich um den Versuch, den Kommunen das Recht auf eigenverantwortliche Festsetzung von Höchstgeschwindigkeiten zu übertragen. Tatsächlich ging es aber um die flächendeckende Einführung von Tempo 30, was der Antrag geflissentlich verschwiegen hat. Unsere Fraktion hält nach intensiver Diskussion die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten und auch die bisherige Umsetzung in unserer Stadt durch OB Ulli Meyer für ausreichend. Selbstverständlich unterstützen wir Tempo 30 in Wohngebieten, an Gefahrenstellen, vor Schulen oder Seniorenheimen, was in St. Ingbert auch weitgehend umgesetzt ist. Angesichts der vor kurzem erfolgten Einführung einer Tempo 30-Zone in der Albert Weisgerber-Allee oberhalb des Leibniz-Gymnasiums oder der geplanten Verkehrsberuhigung der Poststraße im Kontext der geplanten Gegenläufigkeit der Kohlenstraße kann allerdings von fehlenden rechtlichen Möglichkeiten keine Rede sein. Sicherlich mag es weitere Stellen in der Stadt geben, wo man über eine punktuelle Einführung von Tempo 30 reden kann.

Wir als CDU-Fraktion bleiben aber unserer langjährigen Position treu: eine flächendeckende Einführung von Tempo 30 auch auf Hauptverkehrsstraßen halten wir nicht für zielführend. Wir haben daher gemeinsam mit unserer Koalitionspartner Familien-Partei dem gemeinsamen Antrag von Linken und Grünen auf Beitritt zur genannten Initiative, der quasi durch die Hintertür genau dies beabsichtigte, nicht zugestimmt, und der Antrag wurde schließlich mit 28:14 Stimmen abgelehnt. Liebe Leserinnen und Leser, soweit die etwas ausführlicheren Erläuterungen zu den beiden genannten Themen. Nun wünsche ich Ihnen viel Spaß mit unserem Newsletter.

Ihr Frank Breinig



Arbeit des Seniorenbeirates

Seit 2022 sind wieder Veranstaltungen möglich. Ziel ist es, Senioren zu motivieren, mit zu machen, um der Einsamkeit zu entfliehen. 5000-6000 Senioren haben sich im letzten Jahr beteiligt. Das war möglich durch die Mitfinanzierung der Stadt St. Ingbert. Ziel ist die Verstärkung der Angebote sowie die Vernetzung der Generationen. In Zukunft sollen weitere Projekte entstehen. Beispiele sind Spielenachmittage, Aktionen mit Schulen, Rotary, Lions und vieles mehr. Das Angebot von etwa zwölf Aktionen pro Monat für die Senioren ist einmalig im Saarland. Bürger können dort ehrenamtlich aktiv werden.

Beitritt zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“

Nachhaltige Stadtentwicklung, das heißt unter anderem auch „Erhalt der biologischen Vielfalt“. In St. Ingbert gibt es bereits viele Projekte dieser Art. Das Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ will die Kommunen dabei unterstützen, dieses Potential für Mensch und Natur zu fördern. Wichtigstes Ziel des Bündnisses ist der Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt. Aktuell haben sich 357 Kommunen dem Bündnis angeschlossen. Auch St. Ingbert möchte sich dem anschließen, denn es gibt viele Vorteile: Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit der Biosphärenstadt St. Ingbert. Stärkung des Naturschutzes auf örtlicher Ebene durch Informationsaustausch zwischen den einzelnen Akteuren des Bündnisses, Best Practice-Beispiele aus Mitgliedskommunen, Aufbau von Netzwerken für Kommunen und Ehrenamtlichen. Auf Vorschlag unseres Sprechers für den Ausschuss für Stadtentwicklung, Biosphäre, Umwelt und Demografie, Dr. Markus Monzel, regt die CDU-Fraktion zusätzlich eine wissenschaftliche Begleitung an, um die Erfolge einzelner Maßnahmen auch messbar zu machen, beispielsweise bei der Entwicklung von Gebäudebrüter-Beständen durch Anbringen von Nisthilfen.



Kommunales Hochwasser- und Starkregenkonzept

St. Ingbert fährt bei Hochwasser und Starkregen zweigleisig. In den letzten Jahren wurden zum einen akute Maßnahmen wie ein Risikomanagement, die Optimierung der Regenrückhaltebecken und viele bauliche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung umgesetzt. Zum anderen werden die Grundlagen für ein neues Konzept vorbereitet: Die Vermessung der Innenstadt für eine Starkregenkarte, die Schaffung einer umfassenden Datengrundlage für Simulationen oder Kooperationen mit Nachbargemeinden. Infoveranstaltungen und ein Workshop mit der Bevölkerung ist in Vorbereitung. Die neuralgischen Punkte kennen die Stadtverwaltung und der Abwasserbetrieb, die hierbei sehr eng zusammenarbeiten.



Neue Bebauungspläne sorgen für Weiterentwicklung in St. Ingbert

Gleich mehrere Bebauungspläne wurden im Stadtrat weiter vorbereitet oder beschlossen. Zwischen dem Steinkopfweg in St. Ingbert Mitte und dem Ensheimer Gelösch sind jetzt die Grundlagen gelegt, dass Wohnraum entstehen kann, genauso wie in Rohrbach auf den Grundstücken der früheren SAM-Werke und der TG-Halle. Ebenfalls in Rohrbach wird zukünftig das „Gewerbegebiet Heckel-Villa“ entwickelt. Wohnraum und eine Kindertagesstätte sollen im Rohrbacher Stegbruch entstehen. Bei Letzterem wird mit dem Vorentwurf des Bebauungsplans ein allgemeines Wohngebiet festgesetzt. Damit können in Zukunft unterschiedliche Nutzungen ermöglicht werden.





Zwei neue Freiwillige Ganztagsschulen

Die Zahl der Kinder, die über Mittag und am Nachmittag in der Schule bleiben erhöht sich jedes Jahr. Es braucht immer mehr Platz, Neubauten der FGTS an der Süd- und Albert-Weisgerber-Schule sind vorausschauend in Planung. Mit neuesten Erkenntnissen aus Wissenschaft und Kinderalltag entstehen zwei neue FGTS-Gebäude an der Süd- und Albert-Weisgerber-Schule. Erste konkrete Pläne und Entwürfe wurden durch die Architekten vorgestellt. Die beiden Gebäude werden ähnlich aufgebaut sein.

Keine flächendeckende Einführung von Tempo 30 durch die Hintertür

Die Städteinitiative „Lebenswerte Städte“ möchte lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeiten erreichen. So lobenswert die grundsätzlichen Ziele dieser Initiative auch sind: Ein wesentliches Instrument zum Erreichen dieses Ziels soll gemäß der Initiatoren auch ein einheitliches Geschwindigkeitsniveau im Kfz-Verkehr - auch auf den Hauptverkehrsstraßen - sein. Das genau lehnt die Mehrheit des Stadtrates, unter anderem die CDU-Fraktion ab. Tempo 30 ja, aber nicht auf den Hauptverkehrsstraßen. Was nicht heißt, dass die Stadt St. Ingbert Tempo 30 nicht in vielen Bereichen forciert und damit auf einem guten Weg ist, allen Verkehrsteilnehmern gerecht zu werden.



Freiflächensolaranlagen

In IGB gibt es für freie Solaranlagen auf Wiesen oder Feldern wenig Fläche. Derzeit wird überlegt, wo in der Stadt weitere Solaranlagen aufgestellt werden könnten. Dabei befinden wir uns am Beginn eines Prozesses, der auf drei Säulen ruht: Solarflächen sollen auf Dächern von Privathäusern und öffentlichen Gebäuden sowie von Unternehmen oder auf Freiflächen, z.B. zwischen St. Ingbert und Rohrbach möglich sein. Zur Konfliktlösung zwischen Nutzung erneuerbarer Energien und Naturschutz wird jetzt die Möglichkeit der senkrechten Aufständerung der Module („Agriphotovoltaik“) geprüft. Dabei ist weiterhin eine Grünland-Entwicklung zwischen den Modulen möglich. St. Ingbert kann wegen des Saarbrücker Flughafens keine Windräder aufstellen und muss über andere Möglichkeiten nachdenken, regenerative Technologien zu platzieren. Im nächsten Schritt wird die Umweltverträglichkeit geprüft und danach wird darüber beraten.



Wohnraumkonzept

In St. Ingbert herrscht Wohnungsnot. Es braucht an dieser Stelle ein seriöses, rationales und verantwortungsbewusstes Handeln seitens des Stadtrates und der Verwaltung. Es gibt jetzt ein Konzept für die Stadt, auf der Potenzialflächen, die später bebaut werden können, ausgewiesen sind. Das Konzept bedeutet nicht, dass überall gebaut wird. Die Flächen werden im Flächennutzungsplan dargestellt. Jedes einzelne Projekt wird in der Vorbereitung neu besprochen und entschieden. In einem nächsten Schritt wird eine Priorisierungsliste erstellt. Wo kann schnell gebaut werden? Vorrangig soll auf städtische Grundstücke geschaut werden und die Inanspruchnahme von Grünflächen vermieden werden. Es handelt sich um einen Prozess, der der Stadt einen Rahmen gibt, wo langfristig gebaut werden könnte. Das Konzept beinhaltet auch die Themen soziales Wohnen, Nachhaltigkeit, grüne Flächen. Eine Möglichkeit für die Stadt, langfristig und in Kooperation mit den Bürgern neuen Wohnraum für alle Zielgruppen zu schaffen.

Neues aus dem Ausschuss für Kultur, Bildung, Soziales und Tourismus (KBSTA)

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Soziales und Tourismus befasst sich zurzeit mit dem Kulturprogramm 2023/24. Außerdem soll das Kulturamt im nächsten Ausschuss seine Programmplanungen für 2023/24 vorlegen, insbesondere das innovative Kulturprogramm. Danach kann reagiert werden. Wichtig ist dem Ausschuss auch, dass für die evangelische Kita Hassel die Räume der alten Schule in Hassel möglichst schnell zur Verfügung stehen. Auch bei den Fitnessgeräten für Jung und Alt in St. Ingbert-Mitte mahnt der Ausschuss dringend Handlungsbedarf an. Auf dem Friedhof Hassel wird es eine weitere Sitzbank für Senioren geben."



Neues in Kürze

Auf die Beleuchtung in der Gustav-Clauss-Anlage warten viele schon seit Jahren. Jetzt kommt sie! Die Anlage, die auf zwei Wegen längs durch den Park führen soll kostet 173 000 Euro und wird mit Hilfe des Förderprogramms „Lebendige Zentren“ finanziert. Die Feuerwehr in St. Ingbert bekommt wie auch die Feuerwehren in Nohfelden und Sulzbach eine neue Drehleiter. Ein gutes Beispiel für gemeinsames Beschaffungswesen in interkommunaler Zusammenarbeit. Die Ingobertushalle kann in nächster Zeit nur als Schul- und Vereinssportstätte genutzt werden. Eine Zuschauerbeteiligung ist nicht mehr möglich. Grund hierfür ist der Brandschaden, der eine größere Sanierung mit sich bringt. In einem ersten Schritt wird jetzt die Lüftungsanlage erneuert. Die Stadtverwaltung weist auf Foto-, Film-, und Tonaufzeichnungsverbot durch Privatpersonen in öffentlichen Sitzungen hin. Aufnahmen dürfen nur nach vorheriger Zustimmung der Sitzungsleitung angefertigt werden.



Impressum:

Bildquellen:

Thomas Magenreuter, Christa Strobel, Barbara Hartmann, Pixabay

Verantwortlicher für diesen Newsletter:

V.i.S.P.:

CDU-Stadtratsfraktion St. Ingbert vertreten durch den Fraktionsvorsitzenden Dr. Frank Breinig

Am Markt 12, 66386 St. Ingbert

fraktion@cdu-igb.de

Über ein Feedback zu unserem Newsletter würde wir uns freuen, gerne können Sie diesen auch weiterempfehlen.

Eine An- oder Abmeldung zum Newsletter kann über eine Mail an fraktion@cdu-igb.de erfolgen.

Weitere Informationen finden Sie im Ratsinformationssystem: <http://ris.st-ingbert.de>

Kontaktdaten:
f.breinig@cdu-igb.de
b.hartmann@cdu-igb.de
m.uder@cdu-igb.de